
Pressemitteilung – Langfassung - zur Pressekonferenz des IGSF am 12.10.2004 in Berlin

Gesetzliche Krankenversicherung: Politik verursacht höhere Beiträge

Die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind in den letzten Jahren ständig gestiegen, so dass sich die Politik 2003 parteiübergreifend veranlasst sah, mit dem Gesundheits-Modernisierungsgesetz (GMG) den Versuch zu unternehmen, den Beitragssatz der GKV zu senken. Als Schuldige wurden neben den üblichen Verdächtigen, den Ärzten, Apothekern, Krankenhäusern und der Pharmaindustrie, auch die Patienten identifiziert.

„Rund 8 Milliarden Euro werden der gesetzlichen Krankenversicherungen dieses Jahr durch politische Entscheidungen entzogen, nächstes Jahr werden es knapp 11 Milliarden Euro sein“, so Prof. Fritz Beske vom Fritz Beske Institut für Gesundheits-System-Forschung Kiel (IGSF). Das Institut beobachtet und analysiert seit Jahrzehnten die Entwicklung des Deutschen Gesundheitswesens. Mit seiner neuen Studie¹ hat das Institut die finanziellen Auswirkungen politischer Entscheidungen der letzten 27 Jahre untersucht und beziffert.

„In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs mit ständig steigenden Einnahmen überbot sich die Politik in der Gewährung neuer Leistungen, vorzugsweise in Wahlkampfzeiten. Die sich ständig verbessernde Finanzsituation der GKV war auch ein Grund dafür, dass die Verlagerung von Finanzierungsanteilen aus anderen Zweigen der Sozialversicherung in die GKV widerspruchsflos akzeptiert worden ist. So sind über Jahrzehnte hinweg Lasten von anderen Zweigen der sozialen Sicherung und vom Staat auf die GKV übertragen worden“, so Prof. Beske weiter. Der für das Jahr 2004 erwartete Beitragssatz der GKV läge ohne externe Einflüsse nach den Berechnungen des Instituts nicht bei 14,1 Prozent sondern bei 11,8 Prozent.

Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild.

Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz 1977	
Kumulierte Belastung der GKV bis einschließlich 2003	19,6 Mrd. €

Gesetzgebung der Jahre 1989 – 2002	
Kumulierte Belastung der GKV bis einschließlich 2003	30,41 Mrd. €

Belastung der GKV 2004	4,63 Mrd. €
Jährliche Belastung der GKV ab 2005	6,13 Mrd. €

Versicherungsfremde Leistungen	
Kumulierte Belastung der GKV 1991 – 2003	16,86 Mrd. €
Belastung der GKV 2004	1,64 Mrd. €
Belastung der GKV 2005	1,36 Mrd. €
Jährliche Belastung der GKV ab 2006	0,51 Mrd. €

Arbeitsmarktgesetze seit 2002, u. a. „Hartz I – IV“	
Kumulierte Belastung der GKV bis einschließlich 2003	1,45 Mrd. €
Belastung der GKV 2004	1,62 Mrd. €
Belastung der GKV 2005	2,97 Mrd. €
Jährliche Belastung der GKV ab 2006	3,57 Mrd. €

Rentengesetze seit 2002	
Belastung der GKV 2004	0,19 Mrd. €
Belastung der GKV 2005	0,29 Mrd. €
Belastung der GKV 2006	0,27 Mrd. €
Jährliche Belastung der GKV ab 2007	0,41 Mrd. €

Weitere Belastungen der gesetzlichen Krankenversicherung

- *Erweiterter Begriff versicherungsfremder Leistungen*
jährlich mindestens 21 Mrd. €.
- *Leistungen der GKV für die gesetzliche Unfallversicherung*
jährlich mindestens 15 Mrd. €.
- *Mehrwertsteuer auf Arzneimittel*
jährlich 1,7 Mrd. €.

Wird mit allen Vorbehalten bilanziert, so ergibt sich im Jahr 2004 eine finanzielle Belastung der GKV von 8,08 Milliarden €, die sich im Jahr 2005 auf 10,75 Milliarden € erhöht und die in den Folgejahren dauerhaft weiterwirkt.

Die finanzielle Belastung der GKV im Jahr 2004 von 8,08 Milliarden € ist auf politische Entscheidungen zurückzuführen. In Beitragssatzpunkten ausgedrückt bedeutet dies eine Beitragssatzbelastung der GKV von rund 0,86 Prozentpunkten. Somit läge der Beitragssatz der GKV 2004 nicht bei voraussichtlich 14,1 Prozent, sondern bei 13,24 Prozent.

Wird zusätzlich die Beitragssatzbelastung der GKV durch die wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung berücksichtigt, läge der Beitragssatz der GKV 2004 bei höchstens 11,8 Prozent.

Es kann damit festgestellt werden: Der für das Jahr 2004 erwartete Beitragssatz der GKV von 14,1 Prozent ist mindestens in der Größenordnung von 2,3 Prozentpunkten durch politische Entscheidungen und durch andere Tatbestände der letzten drei Jahrzehnte verursacht. Der Beitragssatz läge ohne diese externen Einflüsse bei 11,8 Prozent.

Hierin nicht berücksichtigt sind Belastungen der GKV, die in dieser Arbeit als „weitere Belastungen“ definiert werden. Zu diesen Belastungen zählen z. B. die versicherungsfremden Leistungen im weiteren Sinn wie die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern und Kindern, aber auch die Übernahme von Kosten arbeitsbedingter Erkrankungen durch die GKV, für die eigentlich die gesetzliche Unfallversicherung aufzukommen hat. Würden diese Belastungen aus dem Beitragssatz herausgerechnet, würde der Beitragssatz unter 10 Prozent liegen.

In dem Beitragssatz von unter 10 Prozent sind die kumulierten Belastungen unberücksichtigt, die der GKV von 1977 bis Jahr 2004 entstanden sind. Diese Belastungen summieren sich auf mindestens 68,32 Milliarden €. Wären diese Belastungen nicht entstanden, wäre in diesen Jahren der Beitragssatz der GKV niedrigerer gewesen. Hätten sich diese niedrigeren Beitragssätze bis zum Jahr 2004 fortgesetzt, hätte der Beitragssatz vermutlich unter dem Beitragssatz gelegen, wie er ohne die Einbeziehung versicherungsfremder Leistungen im weiteren Sinn berechnet worden ist, also deutlich unter 10 Prozent.

Prof. Beskes Forderung: „Die Politik muss ehrlich mit der finanziellen Situation der gesetzlichen Krankenversicherung umgehen. Die derzeitige Höhe des Beitragssatzes und die Beitragssatzentwicklung der letzten Jahrzehnte sind maßgeblich durch politische Entscheidungen bedingt. Weder die Struktur noch die Art der Finanzierung der GKV kann für die Finanzsituation der Krankenkassen verantwortlich gemacht werden. Die Politik darf der GKV nicht immer neue Lasten aufbürden. Wir brauchen jetzt verlässliche Rahmenbedingungen für alle, d.h. Sicherheit für die Beitragszahler und Patienten sowie Planungssicherheit für die Leistungserbringer.“

¹ Die Studie „Zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung – Politische Entscheidungen 1977 – 2004 und andere Tatbestände“ von Prof. Beske ist als Band 101 in der Schriftenreihe des Fritz Beske Institut für Gesundheits-System-Forschung Kiel erschienen und kann gegen eine Schutzgebühr von 10 € zzgl. Versandkosten bestellt werden bei: IGSF Kiel, Weimarer Straße 8, 24106 Kiel, Tel. 0431 – 800 60 – 0, Fax 0431 – 800 60 11, E-Mail: info@igsf-stiftung.de.